

15.11.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen

I. Ausgangslage

Die Wirtschaftsdaten des Ifo-Instituts sind alarmierend: Im dritten Quartal 2022 ist die Wirtschaftsleistung von Nordrhein-Westfalen um 2,8 Prozent zurückgegangen.¹ Damit ist NRW Schlusslicht im Bundesvergleich, während andere Länder sogar ein Wachstum der Wirtschaft verzeichnen. Schleswig-Holstein kommt auf ein Plus von 2,4 Prozent, Rheinland-Pfalz konnte seine Wirtschaftsleistung um 1,8 Prozent steigern. Der deutschlandweite Schnitt liegt bei plus 0,2 Prozent. Nordrhein-Westfalens abgeschlagene Position ist ein Weckruf. NRW muss sich gegen den Abwärtstrend stemmen. Denn die Folge schlechter Wachstumszahlen sind Arbeitsplatzverluste und konkrete Gefahren für die Unternehmen im Land.

In den Zahlen für NRW spiegelt sich wider, dass bislang jegliche landesseitige Unterstützung für Unternehmen ausgeblieben ist – trotz explodierender Preise und Energiekrise. Viele andere Bundesländer hingegen sind längst aktiv geworden. Gerade angesichts der enormen energieintensiven Wirtschaftsbereiche in NRW mit über 2.000 Unternehmen, musste die Kombination aus Energiekrise und unterlassener Hilfeleistung des Landes zwangsläufig in schlechten Zahlen münden.

In einer derartigen wirtschaftlichen Lage ist aktive Wirtschaftspolitik gefragt. Doch auch in konkreten Fällen ist die Landesregierung bislang passiv geblieben. Die Hilferufe des Düsseldorfer Papierunternehmens Hakle beispielsweise blieben politisch folgenlos, der Traditionskonzern musste Insolvenz anmelden.² In zahlreichen anderen Unternehmen der energieintensiven Industrie ist teilweise die Hälfte der Produktion stillgelegt. Der Grund: Eine Tonne Aluminium kostet angesichts drastisch gestiegener Energiepreise in der Produktion 1.000 Euro mehr, als sie auf dem Markt einbringt. Eine Schnellumfrage unter den NRW-Mitgliedsunternehmen des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) NRW hat bereits aufgezeigt, wie ernst die Situation aktuell ist.³ Etwa 34 Prozent der Unternehmen in NRW haben ihre Produktion gedrosselt und

¹ [https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/konjunktur-duesseldorf-ifo-schaetzung-nrw-wirtschaft-schrumpft-um-2-8-prozent-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-221102-99-356616#:~:text=Konjunktur%20%2D%20D%C3%BCsseldorfffo%2DSch%C3%A4tzung%3A,schrumpft%20um%202%2C8%20Prozent&text=Dresden%20\(dpa%2FInw\)%20%2D,um%202%2C8%20Prozent%20geschrumpft.](https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/konjunktur-duesseldorf-ifo-schaetzung-nrw-wirtschaft-schrumpft-um-2-8-prozent-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-221102-99-356616#:~:text=Konjunktur%20%2D%20D%C3%BCsseldorfffo%2DSch%C3%A4tzung%3A,schrumpft%20um%202%2C8%20Prozent&text=Dresden%20(dpa%2FInw)%20%2D,um%202%2C8%20Prozent%20geschrumpft.)

² https://rp-online.de/nrw/landspolitik/duesseldorf-hakle-es-hilferufe-verhalten-insolvenz-war-absehbar_aid-76710427

³ <https://www.Pressportal.de/pm/128748/5327460>

Datum des Originals: 15.11.2022/Ausgegeben: 15.11.2022

etwa 14 Prozent haben Produktionen verlagert. Mehr als 50 Prozent der Betriebe müssen Investitionen in Anlagen und mehr als 25 Prozent in Forschung und Entwicklung zurückstellen. Die Energiekrise nimmt vielen Unternehmen mindestens für den Moment die Kraft, in die klimaneutrale Transformation zu investieren. Investitionen sind aber notwendig für unser Land, um den Wohlstand und die guten Arbeitsplätze zu sichern – und um Vorreiter als klimaneutrales Industrieland zu werden. Steuert das Land jetzt nicht gegen, manifestiert NRW seinen Schlusslicht-Platz.

Wertschöpfungsketten in NRW, Deutschland und Europa zu erhalten, hat aus wirtschaftspolitischer, geostrategischer und klimapolitischer Perspektive an Relevanz gewonnen.

Zuletzt hat die Landesregierung eine Absichtserklärung über 3,5 Milliarden Euro abgegeben. Doch in diesen Buchungen für den Haushalt ist keine konkrete Unterstützung für das industrielle Rückgrat Nordrhein-Westfalens zu erkennen. Das Land lässt bei eigenen Unterstützungen eine einzige Lücke. Diese Lücke beträgt inzwischen minus 2,8 Prozent. Ankündigungen gegenüber Unternehmen bleiben bislang nebulös. Einer in Aussicht gestellten letzten Rettung für Betriebe ist kein konkretes Handeln gefolgt.⁴ Dabei ist die Zeit, unseren Industrie- und Wirtschaftsstandort zu schützen, längst gekommen. Die Landesregierung muss endlich eigene Konzepte auf den Weg bringen und umsetzen. Dies gilt für den schnelleren Ausbau erneuerbarer Energie genauso wie für die Sicherung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Nur nach Berlin zu zeigen, reicht nicht aus.

Wichtige Vorhaben des Bundes, die die Kaufkraft stärken, aus ideologischen Gründen zu blockieren, ist fatal für Nordrhein-Westfalen.

II. Der Landtag stellt fest

1. Nordrhein-Westfalen steht beim Wirtschaftswachstum im Vergleich der Bundesländer auf dem letzten Platz.
2. Nordrhein-Westfalen darf beim Wirtschaftswachstum nicht länger Schlusslicht bleiben.
3. Eine aktive Wirtschaftspolitik ist notwendig, um Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.
4. Die Landesregierung muss jetzt Arbeitsplätze sichern und die Transformation der Wirtschaft ermöglichen.
5. Die erneuerbaren Energien sind Wachstumsmarkt für die nächsten Jahrzehnte und verringern die Abhängigkeit von Energieimporten aus anderen Staaten.
6. Nordrhein-Westfalen braucht besonders arbeitsmarktaktivierende Maßnahmen der Landesregierung.
7. Nordrhein-Westfalen benötigt dringend höhere Investitionen in schulische Bildung sowie berufliche Aus- und Fortbildung.
8. Strukturschwache Regionen in NRW benötigen Maßnahmen, die die Kaufkraft massiv stärken.
9. Neben Wirtschaftswachstum muss Zielvorgabe politischer Maßnahmen sein, soziale Gerechtigkeit zu fördern und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.

⁴ <https://www1.wdr.de/na-chroniken/landespolitik/energiepreisrettung-betriebe-100.html>

III. Beschlussfassung

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft in NRW zu unterstützen und dafür gemeinsam Lösungswege mit dem Landtag zu entwickeln. Dafür notwendig ist eine aktive Industrie- und Wirtschaftspolitik. Die Landesregierung muss Instrumente entwickeln, um Unternehmen in der Krise finanziell zu stabilisieren.
2. Planungssicherheit für Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in NRW zu schaffen, indem die Landesregierung einen konkreten Fahrplan aufzeigt, welche Wirtschaftszweige wann und mit welcher Hilfe rechnen können.
3. die Einrichtung eines 30 Mrd. Euro schweren Transformationsfonds vorzunehmen, der mit überwiegend privaten Mitteln strategische Beteiligungen an Unternehmen erwirbt, die in der sozial-ökologischen Transformation auf neue Geschäftsmodelle, neue Energieträger oder eine kreislauforientierte Produktion umsatteln.
4. die Entwicklung eines Industriestrompreises auf Bundesebene zu unterstützen, um die energieintensive Industrie in Nordrhein-Westfalen zu stärken.
5. einen langfristigen Plan vorzulegen, wie der Wirtschaftsstandort NRW über Technologien, wie Windkraft, Solarenergie und als Energiespeicher grüner Wasserstoff, eine bezahlbare, grundlastfähige und erneuerbare Energieversorgung erhält.
6. Alle Maßnahmen der Bundesregierung zu unterstützen, die die Kaufkraft in strukturschwachen Regionen anhebt und neuen sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft schafft.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Alexander Vogt
André Stinka

und Fraktion